

20. Januar 2015 00:33 Uhr

BAUPROJEKT

Rössle-Areal: CSU tritt auf die Bremse und will Bürger beteiligen

In Aystetten ist zur neuen Bebauung des zentralen Grundstücks noch längst nichts entschieden *Von Petra Krauss-stelzer*

Gefällt mir

Tellen

0

Twittern

0

g+1

3

i

Ob der Gemeinderat Aystetten in seiner nächsten Sitzung am kommenden Donnerstag dem Bauantrag der Firma Puschak zur Bebauung des sogenannten Rössle-Grundstücks bereits grünes Licht erteilt, ist völlig offen. Wie berichtet, soll der geplante Neubau mit Wohnungen, Laden und Tiefgarage im Rat noch einmal behandelt werden. Die CSU-Fraktion hatte bereits im Dezember rechtliche Bedenken geäußert und will dem Bauprojekt nun vorerst einen Riegel vorschieben.

Sie stellte im Vorfeld der Sitzung den Antrag, zwei Punkte bezüglich des Puschak-Baus am Donnerstag auf die Tagesordnung zu nehmen: nämlich dem Abriss des bestehenden Gebäudes und dem Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern – und einen Beschluss zur Änderung des Bebauungsplans „Östlich der Hauptstraße“ zu fassen. Wie Fraktionsvorsitzender Axel Weisbach und Ulrike Steinbock auf Rückfrage betonten, solle das Bauprojekt nicht verhindert werden; vielmehr solle eine für beide Teile – Gemeinde und Bauträger – vertretbare Lösung gefunden werden. Nach Meinung der [CSU](#) sind in dem Bauantrag die Grundzüge der Planung berührt, wie sie im Bebauungsplan „Östlich der Hauptstraße“ aus dem Jahre 1999 zum Ausdruck komme. Der damalige Gemeinderat habe die Schaffung eines Ortsmittelpunkts mit entsprechendem Freiraum im Auge gehabt. Das sei durch das gegenwärtige Bauprojekt nicht gegeben. Das Bauvorhaben überschreite die im Bebauungsplan festgelegte Baugrenze nach Norden um 16 beziehungsweise 17 Meter – und eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans widerspreche den Grundzügen der Planung: „Ein dahingehender Beschluss wäre rechtswidrig“, so Axel Weisbach. Das gemeindliche Einvernehmen mit dem vorliegenden Bauantrag sei deshalb zu verweigern.

Die Bebauung des Grundstücks in der vom Bauträger angedachten Form wäre nur möglich, wenn vorher der Bebauungsplan „Östlich der Hauptstraße“ geändert würde. Mit diesem Verfahren hätten auch die Bürger die Möglichkeit, sich zu äußern und Anregungen einzubringen. „Unabhängig von der Tatsache, dass es sich hierbei um den rechtlich korrekten Weg handelt, halten wir eine Beteiligung der Bürger bei einem Vorhaben dieser Größenordnung ... für unabdingbar“, so die CSU-Fraktion. Peter Eisenberger (Grüne) wiederholte noch einmal seinen Wunsch nach einer Verkleinerung des Bauvorhabens zugunsten des Ortsbilds: „Ich finde das Projekt gut, aber vier Wohnungen weniger wären besser.“ Die Freien Wähler jedoch „stehen zu dem Bauvorhaben“, bestätigt Fraktionsvorsitzender Peter Hartung. Die Freien Wähler bezeichnen die Überschreitung der Baugrenze beim Bauantrag als „tragbar“. Das Projekt sei eine Chance, in [Aystetten](#) barrierefreie Wohnungen und einen Laden zu bekommen. Die vorgelegte Planung lasse offen, dass die Gemeinde bei der Gestaltung des Bereichs Hauptstraße/Bahnhofstraße tätig werden könne. Die Freien Wähler haben im Aystetter Gemeinderat die Mehrheit.